

14. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

10. Juli 1957

159/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dipl.-Ing. Pius Fink, Grießner,  
 Dr. Oberhammer, Weindl und Genossen  
 an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau,  
 betreffend Rennveranstaltungen für Fahrzeuge, die durch Verbrennungsmotoren betrieben werden.

-.-.-.-

Immer wieder liest man in der Presse Berichte über tödliche Unfälle bei Motorrennveranstaltungen. Auch im Strassenverkehr geht ein grosser Teil der Verkehrsunfälle auf überhöhte Geschwindigkeit und mangelnde Rücksichtnahme auf die anderen Strassenbenutzer zurück. Die zuständigen Behörden tun alles in ihrer Macht Stehende, um die Verkehrsdisziplin zu heben. Die Antragsteller sind der Meinung, dass Rennveranstaltungen diesen Bemühungen geradezu diametral entgegengesetzt wirken und daher vom erzieherischen Standpunkt abzulehnen sind. Auch das Argument, die technische Entwicklung braucht Geschwindigkeitshöchstleistungen, ist nur insofern stichhaltig, als Technik und Fortschritt nicht zum Schaden der Mitmenschen missbraucht werden. Ein Blick auf die Verkehrsunfallstatistik der letzten 12 Monate ergibt folgendes Bild:

59.407 Verkehrsverunglückte - nahezu eine Verdreifachung gegenüber dem Jahre 1952 - und 1744 Verkehrstote, was ungefähr der absoluten Verstorbenenzahl des Bundeslandes Vorarlberg entspricht.

Würden so viele Menschen durch ein anderes Vorkommen in einem Jahre verunglücken - es gäbe Grauen landauf, landab, Radionachrichten über die ganze Welt, Extraausgaben der Zeitungen, die Fahnen auf Halbmast, Trauersitzungen im Parlament, sturmisch würde die Schuldfrage gestellt und nach Vorkehrungen gerufen, die ein solches Unglück hintanhalten oder zumindest mindern könnten. Ist es etwa der fast gleichmässige Rhythmus der Unfälle, der die Öffentlichkeit einschläfert, oder nimmt man das als etwas Unabwendbares hin? Die gefertigten Antragsteller sind der Auffassung, dass das Verbot von Rennveranstaltungen mit Kraftfahrzeugen geeignet wäre, die Verkehrsdisziplin zu fördern und dadurch zu einer Verminderung der Verkehrsunfallsfälle beizutragen. Wenn man der Meinung sein sollte, auf motorsportliche Konkurrenzen nicht verzichten zu können, dann wäre es durchaus denkbar, diese Konkurrenzen als Bewertungsfahrten abzuhalten, bei denen insbesondere Wert auf die

15. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

10. Juli 1957

gegenseitige Rücksichtnahme, nach raschem Reaktions- und Bremsvermögen usw., gelegt werden könnte.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Handel und Wiederaufbau die

Anfrage:

Ist der Herr Bundesminister bereit, Vorkehrungen zu treffen, dass auf Strassen, so weit die Vollziehung Bundessache ist, bis auf weiteres keine Rennveranstaltungen (Wettbewerbe über die grösste erzielte Kilometergeschwindigkeit) für mit Verbrennungsmotoren betriebene Fahrzeuge durchgeführt werden dürfen?

-.-.-.-